

Auf die Barrikaden

EURO | Der neue griechische Ministerpräsident überrascht Europa mit der konsequenten Umsetzung seiner knalligen Wahlversprechen – und gibt so den Protestbewegungen in anderen Euro-Staaten Aufwind. Deutschlands Deutungshoheit über den Weg aus der Euro-Krise droht zu schwinden. Angela Merkel und Alexis Tsipras stehen vor einem Duell um Europas Zukunft.

Das Duell als Mittel der politischen Auseinandersetzung hat in Europa eine lange Tradition. Und auch der Machtkampf zwischen zwei Regierungschefs ist eine der Konstanten, auf denen die Europäische Union aufbaut. Insofern, mögen Zyniker einwenden, stand Alexis Tsipras durchaus in einer gewissen Kontinuität, als er unmittelbar nach dem Sieg seiner linkspopulistischen Syriza bei den griechischen Parlamentswahlen damit begann, seine in weiten Teilen Europas als völlig utopisch bewerteten Wahlkampfversprechen munter umzusetzen. Ein Tag, bis die Regierungskoalition mit den Rechtspopulisten stand. Zwei Tage, bis die Wiedereinstellung mehrerer Tausend Beamte verkündet war. Drei Tage, bis beschlossene Privatisierungen gestoppt wurden.

Vier Tage, bis Tsipras ein veritables Duell provoziert hatte: der seltsame Linkspopulist gegen die mächtigste Frau Europas, Angela Merkel. Schließlich greift der Grieche vieles an, was die Kanzlerin in den vergangenen Jahren in Europa durchgesetzt hat.

Anders als viele historische Duelle aber könnte dieses nicht mit einem Sieger enden, sondern mit zwei Verlierern. Denn Europa steht vor zwei Risiken – beide sind größer, als jene 240 Milliarden Euro, mit denen Griechenland bei EU und IWF verschuldet ist. Eins droht, wenn Merkel sich durchsetzt, eins, wenn Tsipras reüssiert. Gewinnt der Grieche, weckt er politische Ansteckungsgefahr; Europa würde den anderen Krisenländern signalisieren, dass man nur radikal genug wählen muss, um die Sparauflagen loszuwerden. Setzt sich Merkel durch, droht ökonomisches Unge-

mach, wenn Griechenland in der Folge pleiteginge oder aus dem Euro ausschiede.

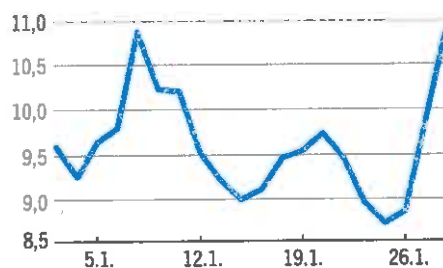
Tsipras könnte damit einen Domina-Effekt in der Europäischen Währungsgemeinschaft auslösen. Statt dass die Südeuropäer dem Druck der Nordeuropäer unter Führung der gestrengen Merkel wirtschafts- und finanzpolitisch nachgeben, könnten sie ihn nun mit Gegendruck beantworten. Es wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg in die ökonomische Unvernunft.

UNGLEICHER ZWEIKAMPF

Zwar entpuppte sich der Zweikampf Merkel gegen Tsipras in den ersten Tagen als recht ungleiche Veranstaltung: Er sprach, sprach und sprach – und konnte ihr Schweigen dennoch nicht übertönen. Aber Berlin weiß, welches Risiko von dem neuen Spieler auf Europas Bühne ausgeht. Nicht zuletzt, weil der erste deutsche Emisär bei Tsipras, Europaparlamentspräsident Martin Schulz, nach seinem Treffen sagte: „Es hat auch viel Kraft gekostet.“

Neues Schreckens-Hoch

Renditen griechischer Staatsanleihen (zehnjährige Laufzeit, in Prozent)



Quelle: Thomson Reuters

Merkel ist zwar mit einigen der sonderbaren Figuren gut zurecht gekommen, die Europas zersplitterter Souverän in regelmäßigen Abständen nach Brüssel spült: Sie hat den clownhaft grotesken Silvio Berlusconi abtropfen lassen, den hyperaktiven Nicolas Sarkozy domestiziert und kommt auch mit dem Größenwahn nicht abgeneigten Matteo Renzi klar; alles Männer, die ebenfalls ausgezogen waren, ihr die Deutungshoheit über einen korrekten ökonomischen Weg für die Euro-Zone streitig zu machen. Aber dieser Tsipras ist anders: Er ist kein Mann aus dem politischen System, für herkömmliche Gepflogenheiten des europäischen Politikbetriebs offenbar nicht empfänglich.

Er ist somit ein Test dafür, wie weit es nicht systemkonforme Bewegungen in Europa bringen können. Da kann der Vizepräsident der EU-Kommission, Jyrki Katainen, noch so sehr betonen: „Wir können unsere Politik nicht an nationalen Wahlen ausrichten.“ Dass diese Griechenland-Wahl etwas ändern wird, zeigt ein Blick in die EU-Staaten. Das Syriza sehr ähnliche Protestbündnis Podemos in Spanien schafft mittlerweile Massenaufmärsche in der Innenstadt von Valencia (siehe Seite 27).

In Italien, wo mit Renzi eigentlich auch eher ein Reformier die Regierung anführt, gibt es ebenfalls ein Syriza-Momentum. Der Sozialdemokrat mit populistischer Ader versucht, die Krisenpolitik stärker nach seinem Gusto auszurichten. Er verlangt, dass Investitionen in Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung als Sonderausgaben geltend gemacht werden können – und nicht auf den formalen Schuldenstand angerechnet werden. >>



Populismus für Fortgeschrittene
Alexis Tsipras bei einer Kundgebung



Angst vor Ansteckung
Podemos in Spanien auf dem Vormarsch



Front der Populisten
Marine Le Pen in Frankreich

» Gemeinsam mit Frankreich fordert er eine „flexiblere“ Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

SHOWDOWN IN BRÜSSEL

Am 12. Februar treffen die Kontrahenten in Brüssel zum ersten Mal zusammen. Ende Februar läuft das offizielle Hilfsprogramm für Griechenland aus, das bereits verlängert worden war. Ohne entsprechende Stütze verlieren die griechischen Banken Zugang zur Notversorgung mit Liquidität von der Europäischen Zentralbank.

Die letzte Tranche aus dem laufenden Hilfsprogramm über sieben Milliarden Euro wird überdies nur ausgezahlt, wenn sich die internationalen Geldgeber mit Tsipras über Reformen einigen. Der aber hat gerade die Zusagen gekippt, auf denen die bisherigen Überweisungen basierten. Im März muss Griechenland dem Internationalen Währungsfonds (IWF) 1,4 Milliarden Euro zurückzahlen. Richtig eng wird es im Sommer. Am 20. Juli werden bei der EZB Anleihen im Wert von 3,5 Milliarden Euro fällig, am 20. August noch mal Papiere im Wert von 3,2 Milliarden Euro.

Es geht also relativ schnell um einiges. Kanzlerin Merkel hat sich entschieden: nicht provozieren lassen. Nicht Deutschland sei ja jetzt gefragt, Verhandlungsführer sei die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF. Wer eine Verlängerung der Hilfsprogramme wolle, müsse reden. Im Kanzleramt fragt man sich, ob Tsipras wirklich in einen Staatsbankrott laufen wolle, wenn es weder neue Hilfgelder gibt noch die Staatskasse in Athen mit der groß angekündigten Milliardärsbesteuerung gefüllt werden könnte. Denn das Dumme ist ja: Die Milliardäre sind längst außer Landes – zumindest die Masse ihres Geldes.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beruft sich auf den alten juristischen Grundsatz „pacta sunt servanda“, dass also Spar- und Sanierungsverpflichtungen von der neuen Regierung eingehalten werden. Im Finanzministerium heißt es: „Wir wären offen gewesen, das laufende Programm zu verlängern. Aber die Vereinbarungen zu brechen, auf deren Basis wir Geld gegeben haben, ist schon ein dickes Ding.“

Noch aber ist politischer Aufruhr eher auf die üblichen Köpfe beschränkt: „Wir brauchen jetzt einen klaren Schnitt. Griechenland muss raus aus dem Euro“, sagt Klaus-Peter Willsch, CDU-Abgeordneter aus dem Taunus, ein Dauerkritiker der Rettungspolitik.

Andere Fraktionskollegen sind pragmatischer: „Wenn die Griechen die vereinbarten Sparmaßnahmen reduzieren und dafür Milliarden Euro bei den Superreichen holen, dann ist das für mich okay“, sagt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Barthle und fügt hinzu: „Die griechischen Reeder zahlen fast keine Steuern. Da ist einiges zu holen.“ Entscheidend sei, dass die Griechen ihre eingegangenen Verpflichtungen bei den Rettungspaketen erfüllen. Deshalb wolle man erst einmal den nächsten Bericht der Troika Ende Februar abwarten.

HART, HÄRTER, IWF

Streitlustiger ist die Stimmung beim IWF in Washington, dessen Kredite Griechenland tatsächlich bedienen muss. Die Statuten sehen bei Hilfsprogrammen die rigorose Einhaltung der Sanierungsaufgaben vor. Bei Verstößen hat der Fonds so gut wie keinen Spielraum und muss die Darlehen sofort fällig stellen – wie eine Bank einem Schuldner, der mit seinen Zahlungen in Rückstand gerät.

Ein Rückzug des IWFs aus der Troika wäre jedoch für die europäischen Retter fatal. „Wenn am Schluss nur noch Brüssel für die Hilfsmaßnahmen zuständig ist“, sagt der CSU-Finanzexperte Alexander Radwan, der früher im Europaparlament saß und heute dem Bundestag angehört, „steigt die Erpressbarkeit.“ Dann könnten sich die EU-Kommission und der Ministerrat aus tagespolitischen Erwägungen auf griechische Forderungen einlassen – beispielsweise, damit Athen neuen Sanktionen gegenüber

Ruhe bewahren Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble



»Pacta sunt servanda«

Wolfgang Schäuble

Russland zustimmt, wie vergangene Woche plötzlich aufkam.

Unter anderem deswegen ist auch die EZB unglücklich über die Entwicklung. „Knallharte Marxisten“ hätten nun die Führung des Landes übernommen, stöhnen die Zentralbanker in Frankfurt. „Griechenland muss sich an die Spielregeln halten und zahlen“, sagte Ratsmitglied Benoît Cœuré. Die EZB schließe eine Beteiligung an einem möglichen Schuldenschnitt aus.

EINE FRAGE DER EHRE

Nach Zahlen der griechischen Schuldenagentur muss das Land bis Ende 2015 insgesamt 20 Milliarden Euro an die Troika zahlen. Woher Griechenland dieses Geld nehmen soll, ist schleierhaft. Könnten Fälligkeiten für Zahlungen seitens der EZB verlängert werden? Nicht für die griechischen Staatsanleihen, die die Europäische Zentralbank im Rahmen des SMP-Programms im Jahr 2010 gekauft hat, heißt es aus Frankfurt. Damit würde die EZB einem Euro-Land direkt einen Kredit geben. Das ist verboten.

Wie also dieses Duell beilegen, ohne die Europäische Währungsunion (wieder) ins Chaos zu stürzen?

Obwohl eigentlich auch die EU einen Schuldenschnitt ausgeschlossen hat, lässt Kommissionschef Jean-Claude Juncker durchblicken, dass „gewisse Arrangements“ für Griechenland möglich seien. Es sind vor allem Schritte, die kaum Nachahmereffekte provozieren dürften.

„Das wahrscheinlichste Szenario ist eine Absenkung der Zinsen auf EU- und IWF-Kredite auf null Prozent für einige Jahre“, meint Ludovic Subran, Chefökonom des Kreditversicherers Euler Hermes. Auch denkt man in Brüssel darüber nach, das laufende Programm über Ende Februar hinaus zu verlängern, sowie noch nicht ausgezahlte Kredittranchen zu überweisen.

Ob das reicht?

Vielleicht hilft zur Beantwortung dieser Frage die Rückbesinnung auf die eigentliche Form des Zweikampfes. Das klassische Duell drehte sich jedenfalls seltener um die Frage, wer recht hat, noch diente es dazu, machtpolitische Vorteile zu erkämpfen – sondern es ging darum, seine Ehre und die seiner Familie am besten vor aller Augen zu verteidigen. In die griechische Moderne übertragen, würde das Motiv für unruhige Zeiten in Europa sprechen. ■

sven.prange@wiwo.de, angela.hennersdorf, henning.krumrey | Berlin, christian.ramthun | Berlin, silke.wettach | Athen, florian.willershausen | Berlin